

Faruk Sen/Çigdem Akkaya/Hayrettin Aydin

Die Türkei und die OSZE

Die Türkei war von Anbeginn aktiv am KSZE-Prozeß beteiligt und gehörte zu den Mitunterzeichnern der Schlußakte von Helsinki. Der derzeitige türkische Staatspräsident Süleyman Demirel ist unter den Regierungs- und Staatschefs, die 1975 das Dokument unterzeichneten, heute der einzige Staatsmann, der noch im Amt ist. Die Schlußakte von Helsinki, die die Entspannung und Annäherung zwischen den Blöcken zu ihrem Hauptziel erklärte, entwickelte sich zwischen 1975 und 1990 zu einer Form der Konferenzdiplomatie. Innerhalb der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte formierten sich drei Gruppen: die Staaten des Nordatlantischen Bündnisses, die Staaten des Warschauer Paktes und die Gruppe der blockfreien Staaten. Die im Rahmen des KSZE-Prozesses stattfindenden Gespräche und somit auch die Kritik, die an den bestehenden Verhältnissen geäußert wurde, konzentrierten sich in diesen Jahren auf den Ost-West-Gegensatz. So stand auch die Mitwirkung der Türkei im Schatten der Konfrontation zwischen den Blöcken, bei der die Türkei als integrierender Teil des westlichen Bündnisses wirkte. Bei der Überprüfung der Einhaltung der Kriterien der Schlußakte hinsichtlich der Wahrung der Menschenrechte standen die Ostblockstaaten im Zentrum der Kritik westlicher Staaten. Als fester Partner der westlichen Allianz blieb die Türkei in jenen Jahren in puncto Menschenrechte von Kritik verschont. Die Türkei ihrerseits wiederum nutzte den KSZE-Prozeß vornehmlich als Forum für Kritik an der Behandlung der türkischen Minderheit in Bulgarien oder an der griechisch-zyprischen Führung.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, der dem Kalten Krieg ein Ende setzte, veränderte und erweiterte die Aufgaben und Funktionen der KSZE, denen durch die Charta von Paris, die 1990 unterzeichnet wurde, und die Institutionalisierung als OSZE sowie die Schaffung weiterer Gremien Rechnung getragen wurde. Auch an diesem Prozeß war die Türkei aktiv beteiligt. Sie gehörte zu den Erstunterzeichnern der Charta und ist in den verschiedenen Gremien der OSZE vertreten. Die Formulierung neuer Aufgaben und die Schaffung eines institutionalisierten Korpus an Gremien, der die Verwirklichung der Zielsetzungen ermöglichen soll, sowie die Unterzeichnung weiterer Abkommen, die den Umstrukturierungsprozeß begleiten, betrafen und betreffen in verschiedener Weise auch die Türkei. Zum einen ist die Türkei bemüht, die OSZE als Organ im Sinne ihrer außenpolitischen - hier vornehmlich sicherheitspolitischen - Interessen in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus

bemüht sich die Türkei im Rahmen ihrer außenpolitischen Prioritäten um eine aktive Mitgestaltung der OSZE selbst. In einigen Punkten hat sich die OSZE durch das erweiterte Aufgabengebiet zu einem Instrument entwickelt, das auf Initiative verschiedener Teilnehmerstaaten auf bestimmte Entwicklungen in der Türkei Einfluß zu nehmen versucht, wie etwa in Fragen der Menschenrechte und Minderheiten.

Bis zum Ende des Kalten Krieges Ende der achtziger Jahre nahm die Türkei im Rahmen der Blockpolitik als Mitglied des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses eine bedeutende Aufgabe wahr. Nach dem Zweiten Weltkrieg benötigte die NATO die Türkei als militärischen Schutz ihrer Süd-Ost-Flanke sowie als Riegel zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer. Aufgrund ihrer geostrategischen Lage war die Türkei für die NATO ein wichtiger und unerläßlicher Bündnispartner. Der Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes ließ diese geostrategische Bedeutung im Kontext der Blockpolarität hinfällig werden.

Außenpolitische Interessen und Prioritäten der Türkei

Für die Türkei selber hatte der Zusammenbruch des Ostblocks weitreichende außenpolitische Auswirkungen und Implikationen. Zum einen stand die Türkei unvermittelt und teilweise als direkter Nachbar neuentstandenen Staaten gegenüber, mit denen es eigene Beziehungen aufzubauen galt. In einigen Fällen war dies mit Schwierigkeiten verbunden, da der Prozeß der Staatsbildung von gewaltsamen Konflikten begleitet wurde. Ein Beispiel hierfür ist Armenien, ein Nachbarstaat, mit dem historisch bedingte Spannungen bestehen. Der gewaltsame und bislang ungelöste Konflikt um die Enklave Berg-Karabach, in dessen Folge aserbaidjanisches Territorium besetzt wurde, bildet bis heute einen Hemmschuh für die Aufnahme regulärer und intensiverer Beziehungen zu Armenien und entwickelte sich durch die Stationierung russischer Truppen in Armenien und auch in Georgien zu einem sicherheitspolitischen Problem der Türkei. Andererseits begannen die Konflikte in bzw. zwischen den nunmehr unabhängigen Republiken, Teile der türkischen Öffentlichkeit zu mobilisieren, denn in der Türkei leben in großer Zahl Personen, die Nachfahren von Flüchtlingen, hier vornehmlich aus der Kaukasus-Region, sind. Bei Teilen dieser Menschen hat sich über die Generationen hinweg eine eigene Identität erhalten, wie beispielsweise bei den Tscherkessen und Abchasiern, die sich zu einem Teil auch heute noch als Diaspora-Gemeinschaft verstehen. Angesichts der gewaltsamen Konflikte in den Kaukasusrepubliken Georgien und Aserbaidschan sowie des Krieges in Tschetschenien, bemühten sich diese Menschen als Pressure Group darum, die türkische Öffentlichkeit zu

mobilisieren und die türkische Regierung zu einer aktiveren Außenpolitik zu drängen.¹

Eine generell aktivere Außenpolitik drängte sich der Türkei ganz unabhängig hiervon auf, denn die Öffnung des Ostblocks und die Entstehung unabhängiger Staaten machte den Aufbau eigenständiger Beziehungen zu diesen Ländern erforderlich. Die Außenpolitik der Türkei gegenüber der Sowjetunion stand immer im Schatten der NATO-Mitgliedschaft. Genauso wenig wie die Bündnispartner war die Türkei auf den Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks vorbereitet und mußte nun Konzepte für eine eigenständige Außenpolitik in der Region entwickeln. Nach der Anerkennung der Unabhängigkeit der neuentstandenen Staaten initiierte die Türkei eine institutionalisierte Form der Kooperation mit den neuen Nachbarstaaten. Der im Sommer 1992 offiziell gegründeten Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation schlossen sich insgesamt elf Staaten der Region an. Der Kooperation, die ursprünglich für die Schwarzmeer-Anrainerstaaten vorgesehen war, schlossen sich auch Staaten wie Griechenland, Albanien, Aserbaidschan und Armenien an, die die geographische Voraussetzung hierfür nicht erfüllen. Auch wenn als Hauptanliegen dieser Institution der Ausbau wirtschaftlicher, technischer und wissenschaftlicher Kooperation der Teilnehmerstaaten untereinander formuliert wurde, sollte diese Initiative auch dem Frieden und der Stabilität in der Region dienen.² Faktisch entwickelte sich die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation zu einer Institution, die indirekt auch konfliktregulierende Funktionen zu übernehmen versucht, denn in ihr sind Staaten gemeinsam vertreten, die miteinander im Konflikt stehen, wie Armenien und Aserbaidschan. Bisherige Treffen der Staaten der Schwarzmeer-Wirtschaftsregion wurden auch als Gelegenheit für Gespräche zwischen Vertretern der Konfliktparteien genutzt.

Ein weiterer geographischer Raum, der in der türkischen Außenpolitik einen neuen Stellenwert erhielt, sind die Balkanstaaten. Die Interessen der Türkei auf dem Balkan sind weitreichend und vielseitig. Die Türkei hat aufgrund der fast 415jährigen osmanischen Herrschaft historische Bindungen zum Balkan. Noch heute gibt es in den meisten Balkanstaaten große türkische Minderheiten. Insgesamt leben knapp zwei Millionen Türken auf dem Balkan, die meisten mit etwa einer Million in Bulgarien, 150.000 in Griechenland, 150.000 in Rumänien und in Mazedonien. Umgekehrt lebt eine große Zahl balkanstämmiger Muslime in der Türkei, die in der

¹ Vgl. Zentrum für Türkeistudien, Das ethnische Mosaik der Türkei und interethnische und interreligiöse Beziehungen zwischen den Volksgruppen aus der Türkei in Deutschland, bislang unveröffentlichte Studie, Essen 1997.

² Vgl. Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.), Schwarzmeerwirtschaftsregion SMWR - Darstellung, Entwicklung, Perspektiven sowie Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der EU, Opladen 1996.

osmanischen Periode und nach Gründung der Republik in die Türkei geflüchtet oder übersiedelt waren. Bei diesen handelt es sich nicht nur um Türken, sondern auch um andere Nationalitäten wie Bosnier und Albaner. Für die Türkei sind die Balkanländer auch aufgrund der multikulturellen und multiethnischen Struktur des eigenen Staates wichtig. Gegenwärtig leben in der Türkei über 2,2 Millionen Albaner, ca. 1,5 Millionen Bosnier und über 315.000 Türken, die aus Bulgarien in die Türkei eingewandert sind. Die Zahl der in der Türkei lebenden Kosovo-Albaner schätzt man auf ca. 400.000. All diese Volksgruppen in der Türkei animieren die türkische Regierung dazu, sich an ihre historische Rolle als Schutz- und Anlehnungsmacht der Muslime auf dem Balkan zu erinnern. Nicht zuletzt hat die Türkei auch ein großes Interesse an der Stabilität dieser Region, da eine Instabilität die Interessen der Türkei berührt. Nach der Anerkennung von Mazedonien hat der Einfluß der Türkei auch dort zugenommen. Die Vergangenheit Mazedoniens ist eng verbunden mit der des Osmanischen Reiches, deshalb gibt es enge Verbindungen zur Türkei. Mazedonien, das eine problematische Beziehung zu Griechenland hat, stützt sich politisch sehr auf Bulgarien und die Türkei, die auch die ersten waren, die diesen Staat völkerrechtlich anerkannt hatten.³

Auch zu Bosnien-Herzegowina hat die Türkei historische Bindungen. Bosnien-Herzegowina war seit 1463 Teil des Osmanischen Reiches. Zunächst der Provinz Rumelien angegliedert, wurde es im Jahre 1580 in eine eigenständige Provinz umgewandelt und sehr eng an das Osmanische Reich angebunden. Bis zur Annexion durch Österreich-Ungarn im Jahr 1908 gehörte Bosnien-Herzegowina - also mehr als 400 Jahre - dem Osmanischen Reich an.⁴ Während des Krieges in Bosnien ergriff die Türkei mehrere Initiativen, um die Staaten der Weltgemeinschaft zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die serbischen Eroberungsversuche und die Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung zu drängen. Die Aktivitäten der Türkei richteten sich insbesondere auf eine Mobilisierung der Weltöffentlichkeit. Trotz des starken innenpolitischen Drucks, aber auch des Drucks aus Bosnien-Herzegowina, blieben die Bemühungen der Türkei darauf beschränkt, supranationale Gremien zur Intervention in den Konflikt zu bewegen, um die kriegerischen Auseinandersetzungen und die Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung zu beenden.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der türkischen Politik im Kaukasus. Die umsichtige, auf Ausgleich gerichtete Politik der Türkei zeigt sich hier am deutlichsten im armenisch-aserbaidzhanischen Konflikt. Sowohl von der ei-

³ Vgl. Zentrum für Türkeistudien, Die Türkei im Spiegel der jüngsten Entwicklungen in Zentralasien und auf dem Balkan, Working Paper 9, Essen/Bonn 1992.

⁴ Vgl. hierzu Aydin Baybuna, Die nationale Entwicklung der bosnischen Muslime. Mit besonderer Berücksichtigung der österreichisch-ungarischen Periode, Frankfurt/Main u.a. 1996.

genen Bevölkerung und den Oppositionsparteien als auch von seiten Aserbaidshans wird großer Druck auf die Regierung ausgeübt, eine aserbaidshanchanfreundliche Politik zu betreiben. Die Türkei versucht jedoch, in diesem Konflikt eine Vermittlerrolle zu spielen, und bleibt in ihren Aktivitäten im internationalen Rahmen durch Anrufung von internationalen Organisationen wie OSZE und UNO. Die Vermittlerrolle versucht sie aktiv durch die Beteiligung an den Verhandlungen wahrzunehmen, die von der Minsk-Gruppe geführt werden.

Die Türkei hat gemeinsame Grenzen mit Georgien, Armenien und der Autonomen Republik Nachitschewan, die Teil Aserbaidshans ist. Auch Georgien blieb von ethnischen Konflikten nicht verschont. Neben dem Konflikt mit Südossetien, das eine Vereinigung mit Nordossetien (Russische Föderation) und die Gründung einer unabhängigen Republik anstrebt, ist auch ein Konflikt mit den Abchasiern ausgebrochen, die im Juni 1992 ihre Unabhängigkeit erklärt hatten. In der Türkei leben in großer Zahl Nachfahren abchasischer Emigranten, die durch den Krieg um die Unabhängigkeit Abchasiens mobilisiert wurden. Sie sind darum bemüht, Unterstützung für Abchasien zu organisieren und die türkische Regierung zu drängen, Druck auf Georgien auszuüben.

Die Entwicklungen im Kaukasus und in Mittelasien sind für die Türkei von größter Bedeutung. Die Instabilität in diesen Regionen berührt die türkische Außen- und Innenpolitik in gravierender Weise. Durch enge Kooperation mit diesen Staaten sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene sowie durch den Beitritt dieser zur OSZE hat die Türkei durchaus gewisse Instrumente, um zur Konfliktregelung beizutragen.

Sicherheitspolitische Probleme der Türkei

Ein zentrales Anliegen der Türkei im Rahmen ihrer Teilnahme an der OSZE betrifft das Verhältnis zu dem nördlichen Nachbarn Rußland. Einen Reibungspunkt zwischen Rußland und der Türkei bildet der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), der 1990 unterzeichnet wurde und 1992 in Kraft trat. Die Bestimmungen des KSE-Vertrages betreffen auch die Anzahl konventioneller Streitkräfte im Kaukasus. Statt die im KSE-Vertrag vorgesehene Reduzierung vorzunehmen, wurde im Gegenteil von Rußland in den letzten Jahren die Zahl durch Stationierung neuer Truppen erhöht. Bereits im Oktober 1993 erklärte Rußland, es würde sich nicht an die Grenzen halten, die im KSE-Vertrag festgelegt worden waren.⁵ Als Vorwand für die Nichteinhaltung wurden von

⁵ Vgl. Bilge Nur Criss, *Between Discord and Cooperation: Turkish-Russian Relations after the Cold War*, Ebenhausen/Isartal 1996, S. 13.

russischer Seite die veränderten Bedingungen angeführt, wie beispielsweise der Konflikt mit Tschetschenien. Die Bestimmungen gelten aus russischer Sicht nur unter "normalen" Bedingungen, die nicht bestünden. Daher fordert Rußland seit einigen Jahren sogar die Revision des Vertrages bzw. der entsprechenden Bestimmungen. Von türkischer Seite wurde jedoch die Stationierung russischer Einheiten in den Kaukasus-Republiken Armenien und Georgien, die auf im Rahmen der GUS (im Falle Georgiens erst nach dessen Beitritt zur GUS) abgeschlossenen Verträgen beruht, aus sicherheitspolitischen Gründen abgelehnt. Mit Armenien wurde die Errichtung einer Militärbasis in Gumri und Ararat, also unmittelbar im Grenzgebiet zur Türkei, beschlossen und vollzogen. Im Dreiländereck Türkei-Armenien-Iran sind derzeit annähernd 20.000 russische Soldaten stationiert.⁶ Mit Georgien wurde nach der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages zur GUS ebenfalls die Stationierung russischer Truppen vereinbart. Vorgesehen waren laut Abkommen fünf Garnisonen, darüber hinaus die Stationierung russischer Einheiten in drei georgischen Häfen. Insgesamt sollten in Georgien 5.000 russische Soldaten stationiert werden.⁷ Im Konflikt um den KSE-Vertrag blieben die Bemühungen und das Drängen der Türkei auf Einhaltung der Bestimmungen ergebnislos. Der Westen reagierte anfänglich auf die russische Forderung nach Revision der Bestimmungen mit dem Argument, der bestehende Vertrag böte die Möglichkeit einer flexiblen Handhabung, d.h. der Veränderung des Umfangs konventioneller Streitkräfte. Somit trug der Westen zur Nichteinhaltung bzw. der de facto-Verletzung des KSE-Vertrages durch Rußland bei und dessen Forderung Rechnung. Die westliche Konzessionsbereitschaft ist natürlich auch vor dem Hintergrund der NATO-Osterweiterung zu sehen. Das Ziel der Eingliederung ehemaliger Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes in das westliche Verteidigungsbündnis zwingt den Westen, russischen Sicherheitsinteressen in anderen Bereichen entgegenzukommen, in diesem Falle auf Kosten derer anderer Staaten.⁸ Im Mai 1997 trat die modifizierte Fassung der Flankenregelung in Kraft, die die "vorübergehende Stationierung" russischer Streitkräfte an der Südflanke anerkennt. Dieser Veränderung mußte, obwohl sie die Sicherheitsinteressen der Türkei negativ berührt, auch die Türkei zustimmen. Auch Aserbaidtschan und die Ukraine stimmten zu, wenn auch erst im letzten Moment, und obwohl beide Staaten noch immer gegen diese Veränderung opponieren. Das diplomatische Gerangel um den KSE-Vertrag wird aufgrund der sicherheitspolitischen Interessen beider Staaten auch in nächster Zukunft andauern, da die Kon

⁶ Vgl. die Nachricht Rusya'ya AKKA tavizi yürürlükte, in: Yeni Yüzyil vom 17. Mai 1997.

⁷ Vgl. die Nachricht AKKA Rus tehdidine, in: Zaman vom 6. November 1995.

⁸ Vgl. hierzu die Nachricht AKKA tatismasi gündemde, in: Milliyet vom 20. Oktober 1996.

zessionen aus russischer Sicht als unzureichend aufgefaßt werden und die Forderung nach vollständiger Revision des KSE-Vertrages nach wie vor gestellt wird.⁹

Stellung der Türkei innerhalb der OSZE

Seit Ende des Kalten Krieges haben innerhalb der OSZE-Aktivitäten bestimmte Themenbereiche eine stärkere Akzentuierung erhalten, die sich auch in dem Umstrukturierungsprozeß von der KSZE zur OSZE niederschlugen. Neben Mechanismen zur Konfliktprävention und -schlichtung, denen aufgrund zahlreicher gewaltsamer Konflikte eine große Bedeutung zukam, wurden auch Menschenrechtsverletzungen und Einschränkungen der Grundrechte wie etwa der Meinungsfreiheit stärker thematisiert. Waren diese zuvor überwiegend Gegenstand der Kritik am damaligen Ostblock, so gerieten seit Anfang der neunziger Jahre auch andere Staaten in den Blickpunkt. Verschiedene NATO-Mitgliedstaaten und insbesondere skandinavische Staaten begannen, die Menschenrechtssituation, Beschränkungen der Meinungsfreiheit und den Umgang mit Minderheiten zu kritisieren. Betroffen hiervon ist seit einigen Jahren auch die Türkei. So gab es auch im Rahmen der OSZE bzw. deren Gremien wiederholt Bemühungen, die Menschenrechtslage in der Türkei durch die OSZE-Mechanismen überprüfen zu lassen. Im März 1994 forderten die skandinavischen Staaten die Türkei auf, den im Dokument des Moskauer Treffens über die menschliche Dimension verankerten Mechanismus von sich aus durch eine Einladung in Gang zu setzen, um die Anschuldigungen in bezug auf Menschenrechtsverletzungen prüfen zu lassen. Im Juli desselben Jahres wurde bei der Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Wien gefordert, den Moskauer Mechanismus in Gang zu setzen und eine "fact finding mission" in die Türkei zu entsenden. Beide Initiativen wurden von türkischer Seite abgelehnt. Im Dezember stellte die Schweiz den Antrag zur Entsendung einer Expertengruppe in die Türkei. Dieser Antrag konnte aufgrund mangelnder Unterstützung anderer OSZE-Staaten nicht umgesetzt werden. Eine weitere Initiative in dieser Richtung, die im April 1995 von einigen OSZE-Teilnehmerstaaten unternommen wurde, stieß auf die Ablehnung der türkischen Regierung. Im Mai 1995 besuchte eine Delegation der Parlamentarischen Versammlung unter Leitung von Willy Wimmer die Türkei, die einer Einladung des damaligen Präsidenten der Türkischen Nationalversammlung, Hüsamettin Cindoruk, folgte. Diese schrieb einen gemäßigten Bericht, in dem betont wurde, daß die Türkei der Delegation

⁹ Vgl. die Nachricht Rusya'ya AKKA tavizi yürürlükte, in: Yeni Yüzyil vom 17. Mai 1997, S. 13.

Möglichkeiten gewährte, die über die Bestimmungen des Mechanismus der Menschlichen Dimension hinausgingen. Dieser Bericht wurde auf der 4. Sitzung der Parlamentarischen Versammlung, die im Juli 1995 in Ottawa tagte, angenommen. Die anhaltenden Vorwürfe bezüglich Menschenrechtsverletzungen und Beschränkungen der Meinungsfreiheit führten dazu, daß bei der folgenden Sitzung im Juli 1996 in Stockholm ein Beschluß gefaßt wurde, der besagt, daß die Türkei eine Einladung an die Versammlung um die Entsendung einer Kommission aussprechen und den Amtierenden Vorsitzenden der OSZE einladen möge, damit die Vorwürfe in bezug auf die Menschenrechte und die Einhaltung der OSZE-Bestimmungen vor Ort untersucht werden könnten. Diese Initiative wurde von der Türkei u.a. mit dem Hinweis abgelehnt, daß die Parlamentarische Versammlung nicht als offizielle Einrichtung der OSZE anerkannt sei. Die Frage der Menschenrechtsverletzungen und die Situation der Kurden in der Türkei wurden ein weiteres Mal auf der OSZE-Konferenz in Wien thematisiert. Bei dieser Konferenz, die im November 1996 tagte und das Thema Menschenrechte zum Schwerpunkt hatte, wurde u.a. von Amnesty International ein Bericht vorgelegt, in dem kritisiert wurde, in der Türkei gäbe es noch immer keine hinlänglichen Mechanismen zur Einhaltung der Menschenrechte in bezug auf Übergriffe durch staatliche Sicherheitskräfte.¹⁰ Um weiteren Initiativen dieser Art vorzubeugen, lud die Türkei im Dezember 1996 von sich aus eine Delegation der Parlamentarischen Versammlung unter dem Vorsitzenden Javier Ruperez ein.¹¹

Funktionale Bedeutung der OSZE für die Türkei

Die Türkei ihrerseits ist in verschiedenen Bereichen um Mitwirkung in und eine aktive Nutzung der OSZE bemüht. Auf verschiedenen Gebieten gab es Initiativen, zu denen vor allem die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus, organisierter Kriminalität, Rauschgift- und Waffenschmuggel gehören. Als Ergebnis der Bemühungen der Türkei fanden entsprechende Bestimmungen über die Zusammenarbeit in diesen Bereichen Eingang in OSZE-Dokumente. So enthält der Text der Abschlußdeklaration, die im Anschluß an den OSZE-Gipfel im Dezember 1996 in Lissabon verkündet wurde, auf Betreiben der Türkei einen entsprechenden Passus.¹² Im Rahmen der Teilnehmerschaft ist die Türkei um eine aktive Mitwirkung im Bereich der Konfliktbewältigung und -schlichtung bemüht.

¹⁰ Vgl. Yalçın Dogan, İnsan haklar Friğin ayaklanma, in: Milliyet vom 16. November 1996.

¹¹ Informationen des türkischen Außenministeriums.

¹² Vgl. Ergun Balci, AGIT Zirvesi'nin ardından, in: Hürriyet vom 7. Dezember 1996.

Beispiele hierfür sind die Missionen der OSZE in Bosnien-Herzegowina, Berg-Karabach, Georgien und die Mitwirkung in der Unterstützungsgruppe in Tschetschenien, in denen die Türkei mit Delegierten vertreten war und auch an den gemeinsamen Verhandlungen teilnahm. An den Verhandlungen zur Karabach-Frage, die von der Minsker Gruppe der OSZE geführt werden, ist auch die Türkei beteiligt. Zu den türkischen Aktivitäten im Rahmen der OSZE-Mechanismen gehört darüber hinaus die Entsendung von Beobachtern bei Wahlen in Teilnehmerstaaten und auch die Teilnahme an der Reise einer Delegation anlässlich der Unruhen in Albanien im März 1997.

In jüngster Zeit bemüht sich die Türkei in der OSZE verstärkt um die Probleme der Arbeitsmigranten in den verschiedenen europäischen Aufnahmeländern. Die Zahl türkischer Migranten in den verschiedenen EU-Staaten beläuft sich auf ca. drei Millionen. Der größte Teil von ihnen, über zwei Millionen, lebt in der Bundesrepublik.¹³ In den verschiedenen Staaten der EU haben türkische und Migranten anderer Nicht-EU-Staaten mit zahlreichen Problemen zu kämpfen, zu denen der rechtliche Status, rassistische Tendenzen, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung gehören. Hinsichtlich der rechtlichen Situation bemüht sich die Türkei darum, daß Bürgern aus Nicht-EU-Staaten die europäische Staatsbürgerschaft zuerkannt wird. Bei Tagungen der OSZE legte die Türkei Beispiele für die Nichteinhaltung von Beschlüssen des Europäischen Gerichtshofes hinsichtlich der Rechte der Arbeitsmigranten vor. Diese Initiative hat dazu geführt, daß entsprechende Bestimmungen in OSZE-Dokumente Eingang fanden. Die Situation von Arbeitsmigranten in den Aufnahmeländern in Europa bildete einen der thematischen Schwerpunkte einer Konferenz der OSZE, die im November 1996 in Wien durchgeführt wurde. Hierbei spielten auch die Bemühungen der Türkei eine Rolle, die dort aktiv beteiligt war und sich weiterhin bemüht, die Situation von Arbeitsmigranten in Europa zu verbessern. Durch die Türkei anvisierte und angemahnte Reformen sind Schritte, die die rechtliche Situation von Bürgern aus Nicht-EU-Staaten verbessern. Neben der Zuerkennung der europäischen Staatsbürgerschaft für Migranten aus Ländern außerhalb der EU fordert die Türkei die Gewährung des kommunalen Wahlrechts und darüber hinaus die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Wahlen zum Europäischen Parlament.

Die Türkei war von Anbeginn an am KSZE-Prozeß beteiligt und ist auch nach der Umstrukturierung der OSZE aktiver Teilnehmer. Auch wenn es in einigen Bereichen wie etwa der Frage der Menschenrechtssituation in der

¹³ Die Zwei-Millionen-Grenze wurde bereits 1995 überschritten. Vgl. Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.), Der Studienauswahlprozeß bei türkischen Bildungsinländern an Hochschulen des Landes NRW, Opladen 1996, S. 11.

Türkei oder der mangelnden Berücksichtigung sicherheitspolitischer Interessen Probleme bzw. Frustrationen gibt, nutzt die Türkei ihrerseits die OSZE-Mitgliedschaft aktiv und erfolgreich, wie am Beispiel der Situation von Arbeitsmigranten in der EU deutlich wird.